

Ausschuss für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Bildung und Erziehung (AAKJBE)

Bericht des AAKJBE gemäß § 37 der KSGeschO für die 4. Tagung der 12. Kirchensynode

Vorbemerkungen:

Die Anzahl der Mitglieder des AAKJBE wurde in der konstituierenden Tagung der 12. Kirchensynode von 12 auf 9 verringert. Von diesen 9 Mitgliedern sind 5 neu in der Synode. Dazu wurden in der ersten Ausschusssitzung die Positionen des Vorsitzenden mit Rainer Lorenz und der stellv. Vorsitzenden mit Andrea Eubel neu besetzt, d.h. der Ausschuss muss sich neu aufstellen und seinen Weg finden.

Bis zur Herbsttagung 2017 wird der Ausschuss 11 Sitzungen hinter sich gebracht haben sowie 2 Besuche im Oberstufenkolleg Laubach und im Ev. Gymnasium Bad Marienberg, um sich vor Ort ein Bild von der Arbeit beider Schulen mit Flüchtlingen zu machen, sowie mit ihnen und den Verantwortlichen der Schulen zu sprechen. Beide Besuche werden im November nach Fertigstellung dieses Berichts stattfinden.

Themen, die der Ausschuss bearbeitet hat:

Am **Haushaltsplan 2017** wurde mit einem inhaltlichen Einblick in den Haushalt und seinen Aufbau in den Bereichen, die den Ausschuss tangieren, eine Einführung vor allem für die neuen Synodalen versucht.

Zum Thema der Finanzierung der **Familienzentren** nach Ende der Projektphase und deren Evaluation durch die Ev. Hochschule Darmstadt gab es noch keine Vorlage, so berichtete der Vorsitzende lediglich von der Präsentation der Evaluation.

Die Änderung der **Gemeindepädagogenvverordnung** wurde beraten und befürwortet, wobei der Charakter der Ausnahme bei der vorgeschlagenen Veränderung unterstrichen wurde und deshalb auch von einer Verwässerung des Berufsbildes einer/eines Gemeindepädagogin/Gemeindepädagogen nicht gesprochen werden kann. Der Rechtsausschuss hatte dies als Frage an unseren Ausschuss gegeben. Nach 4 Jahren sollte ein Erfahrungsbericht dazu vorgelegt werden.

Die **Jugendbildungsstätten** Kloster Höchst und Burg Hohensolms wurden lebhaft diskutiert; dies mündete auch in einen Antrag auf der letzten Frühjahrssynode ein.

Der AAKJBE fordert die Entwicklung eines Nutzungskonzepts für beide Häuser und dies nicht erst in 5 bis 7 Jahren, sondern in 2 Jahren, damit es als Grundlage für die baulichen Maßnahmen dienen kann. An diesem Konzept sollen die Förderinitiative Kloster Höchst und der Freundeskreis Burg Hohensolms beteiligt werden. Unser Antrag sollte deutlich machen, dass die Ev. Jugend und der Ausschuss im Erhalt beider Häuser als Jugendbildungsstätten eine hohe Priorität sehen. Ein Zwischenbericht zur Konzepterstellung schon im Frühjahr 2018 wäre wünschenswert.

In mehreren Sitzungen haben wir uns mit der **professionellen Versorgung der Gemeinden der Zukunft** (dabei auch in einer gemeinsamen Sitzung mit dem AGÖM), den **Visitationsberichten**, der **Pfarrstellenbemessung** und dem **Sachstandsbericht Kitas 2016** sowie der damit einhergehenden **Projektskizze** zur Qualifizierung von den in und für Kitas Arbeitenden im religionspädagogischen Bereich durch Multiplikatoren beschäftigt und festgestellt, dass es dabei immer wieder zu inhaltlichen Überschneidungen der oberflächlich unterschiedlichen Themen kommt. Auch sind viele nicht nur unserer Fragestellungen bislang nicht beantwortet oder gelöst.

Die Pfarrstellenbemessung spielt in ihren Konsequenzen in alle diese Themenbereiche hinein. Unser Ausschuss trägt die Vorlage der neuen Pfarrstellenbemessung mit, die Kriterien Gemeindegliederzahl und Fläche sind sinnvoll ebenso wie die Möglichkeit der Dekanate, in ihrem Bereich weitere Kriterien anzuwenden. Die Leitungsebene speziell der neu gebildeten und damit vergrößerten Dekanate muss gut ausgestattet sein, um die anfallenden Aufgaben sinnvoll wahrnehmen zu können.

Die Folgen der Pfarrstellenbemessung für Pfarrpersonen und Gemeinden sind vielfältig und zum größten Teil nur im gedanklichen Teil auf einem Lösungsweg. Die Zahl halber Pfarrstellen nimmt drastisch zu. Für die Pfarrfrauen und Pfarrer ergeben sich dadurch Mehrbelastungen, denen an anderer Stelle z. B. durch Gemeindepädagogen, notgedrungen aber auch durch verstärkte ehrenamtliche Arbeit der Kirchenvorstände entgegen gewirkt werden muss. Was ist das Pfarrbild der Zukunft, wenn

ein(e) Pfarrer(in) immer häufiger mehrere Gemeinden betreut oder in einem Team mehrere Gemeinden betreut und die Aufgaben nach Neigung und Begabung in diesem neuen Raum wahrgenommen werden?

Auch für die Gemeinden ist ein Umdenken notwendig. Pfarramtliche Verbindungen, vielleicht auch Gemeindefusionen werden sich häufen müssen, Kooperationsräume werden entstehen müssen, in denen verschiedenste Aufgaben wie Gemeindebüros, Immobilienverwaltung, aber auch notwendige Trennung von Immobilien sowie gemeinsame Veranstaltungen mitgliedermäßig immer kleinerer Gemeinden mit der damit verbundenen Mobilitätsfrage wahrgenommen werden müssen und das alles ohne vor Ort den notwendigen Kontakt mit Ansprechpartnern aufzugeben.

Wie können junge Menschen für den Pfarrberuf gewonnen werden, was bedeuten diese Veränderungen für die Ordnung des Studiums und das Profil der 2. theologischen Ausbildungsphase, wie können Pfarrstellen im ländlichen Raum attraktiver werden ohne hier auf eine unterschiedliche Besoldung zurückzugreifen, die auch schon vorgeschlagen wurde, die unser Ausschuss aber ablehnt.

Wie sieht eigentlich Arbeit mit Jugendlichen im ländlichen Raum jenseits von Kitas und Schulen aus? Dazu sagt der Visitationsbericht nichts aus. So wichtig Arbeit mit Senioren und Jungsenioren (5 Projektstellen dazu mit Gemeindepädagogen werden ja geschaffen) ist, aber auch hier wäre vielleicht eine Projektarbeit notwendig.

Der Kitabericht, den unser Ausschuss ausdrücklich begrüßt bis hin zur Projektskizze der Qualifizierung im religionspädagogischen Bereich, zeigt auch die Problematik im ländlichen Raum. Eigentlich wären gerade dort lange Öffnungszeiten notwendig, aber die Zahl der Kinder ist mitunter so gering, dass die Pro-Kopf-Bezuschussung statt Gruppenzuschussung dies nicht erlaubt.

Unsere beiden Grundschulen in Freienseen und Weitengesäß zeigen, wie problematisch der Rückzug des Staates aus der Schulversorgung kleiner Gemeinden, die ziemlich abgelegen sind, ist und was diese beiden kirchlichen Schulen dort bewirken konnten und können.

Die Verpflichtung zur SERL stellt im Kitabereich für viele Gemeinden eine ernste Belastung dar und ist ein Problem, dessen sich der Bau- und der Finanzausschuss annehmen müssen und dies auch schon getan haben.

Sehr intensiv hat sich der Ausschuss mit dem ev. Profil der Kitas, den religionspädagogischen Aspekten von Kita-Arbeit beschäftigt und hier immer wieder den Kontakt zum Theologischen Ausschuss gesucht, allerdings ist die Arbeit der entsprechenden AG dort noch nicht beendet.

In einer Zeit, in der auch immer mehr kirchenferne Erzieherinnen und Erzieher in unseren Kitas arbeiten, sind die Fragen nach der persönlichen religiösen Positionierung wichtig. Es sollte darauf geachtet werden, dass Kitas nicht Religionskunde betreiben, Erzieher(innen) sich nicht auf die Rolle von Moderatoren beschränken, sondern sich auch selbst einbringen, ohne das Prinzip der Konvenienz zu missachten.

Hier bleiben wir in Kontakt mit der Fachabteilung des Zentrums Bildung und werden zu gegebener Zeit den Zwischenbericht mit Frau Herrenbrück genau betrachten.

Wenn wir Multiplikatoren aus der Pfarrerschaft für diese Qualifizierungsmaßnahmen gewinnen wollen, sollten wir darauf achten, sie an anderer Stelle zu entlasten. Daher sollte vor allem unter den Pfarrpersonen gesucht werden, die z. B. keine Unterrichtsverpflichtungen haben.

Schließlich haben wir aus dem Blickwinkel unseres Ausschusses die Einsparvorschläge des Finanzausschusses betrachtet und tragen sie mit. Eine kleine Einschränkung aber machen wir: Der AAKJBE möchte das Bibelhaus in seiner aktuellen Qualität erhalten wissen.

Dazu haben wir noch eine Detailfrage zur Übernahme der hess. Unterrichtsverpflichtungen am Gymnasium Bad Marienberg, die im Moment mit der Kirchenverwaltung geklärt wird.

Nachrichtlich: Unser Mitglied Pfr. Eibach vertritt die Synode in der AKJ, Herr Lorenz im Kuratorium des Ev. Gymnasiums Bad Marienberg.

Dieser Bericht wurde in der Sitzung vom 23. Oktober 2017 einstimmig vom AAKJBE verabschiedet.